

HANS KOSCHNICK

**Danzigs Zusammenarbeit  
mit Bremen —  
eine Öffnung  
zum demokratischen  
Westen?**

**V**or die Frage gestellt, wie ich denn dieses Thema angehen wolle, nur als eine bloße Chronologie der gewiß interessanten Daten von Begegnungen Danziger und Bremer Politiker, Wirtschaftler, Kulturschaffender und Hochschulrepräsentanten mit den dabei erzielten Verständigungsergebnissen oder mehr eine Gesamtschau, in welchem Kontext und in welchem politisch überlagerten Umfeld eine mehr als 20 Jahre beständige Zusammenarbeit zweier maritimer Wirtschaftsregionen ihre Kraft behalten konnte, habe ich mich für das letztere entschieden.

Als nach dem Ausbruch des „Kalten Krieges“ — also nach der Entzweigung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges — beide Seiten darangingen, die Bindungskraft der eigenen weltpolitischen Konzeption im inneren Gefüge des jeweiligen Blockes durch Städtepartnerschaften zu stärken und zugleich breitere Schichten als nur die un-

mittelbar gesamtpolitisch Engagierten zu erreichen, war ein Ziel jeder der beiden Blöcke, die bis dahin nur am Rande beteiligten — politisch weitgehend verfeimten — Deutschen in ihr System besser zu integrieren.

Im westlichen Teil Europas wollte man über die Kontakte zwischen den Städten einzelne „Bürger“ und ihre kommunalen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen, um demokratische Prozesse zu fördern, Offenheit und Verständnis füreinander zu bewirken, man wollte neues Vertrauen zwischen Siegern und Besiegten wachsen lassen.

Im östlich orientierten Europa ging es im Prinzip um das gleiche, allerdings muß man anstelle demokratischer Prozesse die damalige kommunistisch-sozialistische Wertvorstellung setzen, die neben einer neuen Verständigung unter „Brudervölkern“ die Vertiefung gemeinsamer politischer Ziele im Kampf gegen imperialistische und faschistische Bedrohung (was immer das in der Realität auch bedeuten mochte) bezwecken sollte.

Trotz dieser Unterschiedlichkeit war eines gemeinsam: Ost und West wollten auch über Städtepartnerschaften ihre jeweils entgegengesetzten gesellschaftlichen Systeme den Menschen im zerrissenen, in Blöcke eingebundenen Europa nahebringen.

Europa war der Auslöser dieser Idee von Städtepartnerschaften, hier standen sich die Blöcke — militärisch hochgerüstet wie nirgendwo anders — konfrontativ gegenüber, hier mußte deren Einfluß gesichert und dann über Europa ausgebaut werden. Deshalb kam es bald zu einer Ausweitung auf andere Kontinente. Man konnte dem über Städtepartnerschaften auf relativ neutrale Weise sein eigenes politisches Wollen vermitteln. Städtepartnerschaften wurden und waren wirksame Werbeprospekte eigener Wertvorstellungen.

Aber gerade weil es bei diesen Städtepartnerschaften auch um die Schärfung des eigenen gesellschaftspolitischen Profils ging, war es verständlich, daß Städtepartnerschaften mit den Städten des anderen Blocks spärlich gesät waren. Man wollte wegen der notwendigen Gegenseitigkeit dem Konkurrenten im Meinungsstreit um den richtigen Weg nicht Raum geben für seine abweichenden Darstellungen.

So waren im polnisch-deutschen Verhältnis zwar Städtepartnerschaften, Jugendaustausch und kulturelle Begegnungen mannigfacher Art zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR entwickelt worden, zum vermeintlichen ideologischen Gegner am

Rhein waren dagegen Begegnungen dieser Art Raritäten, soweit es sich nicht, wie beim Sport, um nationale Leistungswettbewerbe handelte.

Diese Entwicklung war nicht allein ein Ergebnis der polnischen Politik, die westdeutsche — also bundesrepublikanische — Politik war nicht anders gestrickt. Hatte doch die Hallstein-Doktrin Hürden zur Verhinderung zwangloser Begegnungen aufgebaut, die erst mit der Aufgabe eben dieser Doktrin ihre Bremsfunktion verlor. Eine allmähliche Annäherung der NATO-Pakt-Staaten wie der Warschauer-Pakt-Staaten bei den Bemühungen um Abbau von Spannungen durch Rüstungsbegrenzung und neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit führte zur Auflösung der gegenseitigen Frontstellung.

Für die deutsch-polnische Politik, genauer gesagt: die Politik der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, setzte eine spürbare positive Veränderung ein, die in gewisser Weise auch über die Reflexionen des Rapacki-Planes größere Offenheit und Beweglichkeit auf beiden Seiten brachte.

Im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten vom 7. Dezember 1970 und der sich anschließenden und im Bundestag heftig umstrittenen Ratifizierung hatte ich in der Öffentlichkeit und im Bundesrat um Zustimmung als Voraussetzung für ein gutnachbarschaftliches Verhältnis geworben. Für mich war dieser Schritt Grundbedingung für alle weiteren auf Friedenssicherung und Abrüstung gerichteten Maßnahmen.

Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen in Deutschland mit den Vertriebenenverbänden wie mit der damaligen Opposition wurden in Warschau registriert, und ich wurde Anfang Mai 1972 eingeladen, in Warschau die Position der SPD zu der neuen Politik gegenüber den östlichen Nachbarn — in Sonderheit gegenüber Polen — zu vertreten. Mein Eintreten für eine Politik, die die rund 200jährige Belastung zwischen Polen und Deutschen nicht negierte oder verdrängte, sondern als Hintergrund für eine zu entwickelnde Vertrauensbasis zwischen den europäischen Nationen aufnahm, fand offene Ohren und weitgehende Zustimmung — gleichwohl auch Skepsis, jedenfalls kam sie immer wieder auf.

Dessen ungeachtet war die von mir vertretene Auffassung und mein Engagement im innerdeutschen Richtungsstreit wegen der Ratifizierung der Verträge Anlaß für die

polnische Seite, mir eine offizielle partnerschaftliche Zusammenarbeit von Bremen mit einer polnischen Stadt anzubieten. Diese erste Partnerschaft einer westdeutschen Stadt mit einer polnischen Gemeinde sollte nach Warschauer Auffassung beispielgebend für weitere Städtepartnerschaften von polnischen mit bundesrepublikanischen Städten sein. Ziel war die gesellschaftliche Verbreiterung des angestrebten Normalisierungsprozesses.

Gerne nahm ich dieses Angebot auf, als mir dafür Danzig angeboten wurde. Diese alte Hansestadt mit ihren spezifischen polnisch-deutschen Beziehungen und ihrer tragischen Verwicklung, die den Zweiten Weltkrieg einleitete, war von besonderer europäischer Symbolkraft für eine friedensorientierte Politik geworden. Ich sah darin einen Vertrauensbeweis gegenüber ernsthafter Verständigungspolitik, mußte aber doch darauf aufmerksam machen, daß Bremen bis dahin keine formelle Partnerschaft mit irgendeiner Stadt in der Welt eingegangen war. Die bremische Haltung war in der für eine internationale Hafenstadt selbstverständlichen Weltoffenheit und einer freundschaftlichen Verbundenheit zu vielen anderen internationalen Hafenplätzen begründet. Deshalb konnte ich auch nicht sofort Zustimmung signalisieren.

Dazu kam, daß viele Städtepartnerschaften inzwischen zu rein protokollarischen Verbindungen degeneriert waren, daß sich zwar die Amtsträger immer wieder trafen, aber wirkliche Begegnungen zwischen den Bürgern der verschiedenen Partnerstädte nicht gerade die Regel geworden waren. Mein Interesse war dagegen, wenn man zusammenkommen sollte, konkrete Zusammenarbeit auf vielen Feldern kommunaler Entwicklung in möglichst indoktrinationsfreiem Klima mit Bürgern jeglicher Provenienz zu fördern.

Das Angebot, mit der alten Hansestadt Danzig/Gdańsk eine solche Verbindung einzugehen und zugleich andere Formen einer Zusammenarbeit als die bisher entwickelten zu erproben, erleichterte die dann folgende Entscheidung des Bremischen Senats. Ein Beschluß, der dann noch durch ein einstimmiges Votum des bremischen Parlaments — der Bremischen Bürgerschaft — eine für die westdeutsche Politik damals ungewöhnliche Bestätigung fand. Hatte sich doch die bremische CDU damit anders entschieden als ihre Bundesorganisation für die gesamtstaatliche Ebene. Und diese Einstimmigkeit im Verhältnis zu Danzig und zu polnisch-deutschen Beziehungen hat sich gehalten bis heute.

Hintergrund dieser eindeutigen Bekundung war nicht zuletzt die aufgeschlossene Haltung der Verantwortlichen in Gdańsk. Mein Partner, der damalige Stadtpräsident Andrzej Kasnowski, war wie ich der Auffassung, daß Normalisierung, Begegnung und Partnerschaft am ehesten auf breite Zustimmung bei unseren Landsleuten stoßen würde, wenn es zu konkreten Zusammenarbeitsmaßnahmen kommt. Er wollte sichtbare, nutzbringende Kooperation, nicht schlicht nur einen deklamatorischen Austausch wohlklingender Floskeln. Wir verständigten uns bald in der Sache.

Doch zwischen Zielvorgabe und Realisierung gibt es leider selten einen geraden Weg. Waren sich beide Städte auch einig, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Stadtplanung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Umweltbelastung zu entwickeln und darüber hinaus die Begegnungsinitiativen der Journalisten, der Lehrer, der Künstler und der Sportler wie der Jugendgruppen zu fördern, so wurde es dennoch ein schwieriges Unterfangen, ein Unterfangen deshalb so schwierig, weil die dafür erforderlichen vertraglichen Absprachen über die Bühne zu bringen waren. Warschau und Bonn nahmen Anstoß an bestimmten Formulierungen, die wir — wie wir glaubten — einvernehmlich aus kommunaler Sicht gefunden hatten. Die hehren Prinzipien einer hohen Staatspolitik wie die spezifischen Formen diplomatischer Arbeit ließen immer wieder neue Hürden entstehen, deren Überwindung Zeit kostete. Zeit, die wir durch nichtoffizielle Zusammenarbeit zu überbrücken wußten.

Wieviel Monate wurden vertan mit der Frage, ob in der deutschen Fassung Gdańsk Danzig genannt werden durfte. Wieviel Hemmnisse galt es zu überwinden bei der Frage, ob denn in deutschen Personalpapieren die Geburtsstadt nur in polnischer oder auch in deutscher Bezeichnung benannt werden durfte.

Wie wurde gestritten, ob im Vertragstext auf die Konferenz für Sicherheit und Entspannung — Helsinki — Bezug genommen werden sollte, eine Form, die wir gewählt hatten, um von den häufig schwülstigen Partnerschafts- und Freundschaftsfloskeln wegzukommen, oder ob nicht doch Hergebrachtes aufgenommen werden sollte. Wir Danziger und Bremer wollten konkret zusammenarbeiten, und da war der Kontext der Helsinkier Konferenzergebnisse geradezu geboten.

Am 12. April 1976 konnte dann die Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet werden. Die Verhandlungsschritte Warschau 1974, Danzig 1974, Bremen 1974, Danzig 1975 und Hamburg 1975 hatten allerdings auch positives gebracht. Wir hatten uns in-

zwischen noch besser kennengelernt, hatten erkannt, was damals noch als unüberwindlich zu beachten war und hatten es gemeinsam geschafft, viele angeblich absoluten Hindernisse zu relativieren. Das war nutzbringend für die kommende Zeit.

Damals — in den 70er Jahren — war es ein Schritt nicht nur in Richtung auf wachsende konkrete Zusammenarbeit, stets neu definiert bei den konkreten Maßnahmen in Jahresabsprachen — soweit die Städte Träger der Maßnahmen waren — und sich frei entwickelnd, wo gesellschaftliche Institutionen (Theater, Universitäten, Hochschulen, Rundfunkanstalten) oder die Bürger selbst — seien es Künstler, Wirtschaftler u.a. — das Beziehungsgeflecht und die Zusammenarbeit vertiefen wollten. Es war natürlich ein Schritt zur Öffnung gegenüber dem demokratischen Westen, gewollt gerade in Danzig, wo man eh' über die Ostsee — über das baltische Meer — mit demokratischen Nachbarn verbunden war. Denn das entscheidende war, man arbeitete nicht nur zusammen an konkreten Sachlösungen, man wohnte auch bei dem Partner oder in seinen speziellen Unterkünften und hatte damit individuellen — ungefilterten — Zugang zu den Menschen in der Partnerstadt. Das galt für beide Seiten.

Wie besorgt diese Entwicklung in Warschau, im Hauptquartier der PVAP, betrachtet wurde, wird an den Säuberungsaktionen im Zuge der Politikausinandersetzungen um die Begründung und Rechtfertigung der „Solidarność“-Aktionen hier in Danzig deutlich.

Für diese Begegnungen ungemein aufgeschlossene Journalisten, Mitarbeiter von Presse und elektronischen Medien, verloren ihren Arbeitsplatz genauso wie viele in der städtischen und regionalen Führung im Rahmen des Parteigefüges wie in der Verwaltung. Ein Vorwurf, der ihnen gemacht wurde, war „Sozialdemokratismus“ — und das alles nur, weil ihre Beziehungen in der Zusammenarbeit mit den Bremern freundschaftliche Festigungen erfahren haben; Festigungen, die aus der Seriosität der Absichten der bremischen Politiker für ein neues Verhältnis zwischen Polen und Deutschen, zwischen Bremen und Danzig, gewachsen war und keineswegs eine Preisgabe polnischer Positionen bedeutete, doch so eng sollten die Beziehungen eben nicht sein.

Gewiß war die Form des demokratischen Dialogs und der persönlichen Mitverantwortung, die man in den Gesprächen mit den Bremern kennengelernt hatte, als Ergebnis dieser Zusammenarbeit nicht gerade ein Baustein für kollektive Verantwortung im östlichen Gesellschaftssystem. Aber auch die Bremer haben ihre spezifischen Erfah-

rungen gemacht, die dem eigenen durch Unkenntnis unbelasteten Vorurteil westlicher Prägung neue Akzente setzte. Sie haben Solidarität und freies Denken in einem totalitären System kennengelernt, daß auch sie sich öffneten gegenüber den Entwicklungen im sich auflösenden östlichen Block — ohne eine Simplifizierung der Vorgänge.

Das alles sind übrigens Ergebnisse einer in der Helsinkier Konferenz für Sicherheit und Entspannung für Europa vorgezeichneten Entwicklung, an deren realer Umsetzung aber damals nicht wenige in Ost und West zweifelten.

Zurückkommend zum Thema kann ich heute nur feststellen, die einschneidenden Monate des Kriegsrechts, der Versuch der Unterbindung offizieller Kontakte zwischen den beiden Städten, ließen auf beiden Seiten eine noch stärkere Sympathie für die Bürger der jeweils anderen Stadt wachsen.

Ohne große Aufrufe, ohne politische Agitation und Propaganda, verstanden die Menschen in Bremen, daß den Menschen in Danzig geholfen werden mußte. Bürger sandten Päckchen, Betriebsangehörige sammelten für Arbeitnehmer in Danzig, die Kulturschaffenden standen ein für Danziger Kulturträger, Wirtschaftsbetriebsleiter sahen nicht zuerst auf Gewinn, sondern wollten Partnern helfen. Zu gleicher Zeit konnten Danziger Werftarbeiter, die als Solidarność-Delegation nach Bremen gekommen waren und wegen des Kriegsrechts nicht zurück wollten, in Bremen überwintern. Nicht öffentliches Geschrei, sondern konkretes Bewußtsein für die Sondersituation hier an der Küste bewegten die Menschen bei uns, übrigens nicht nur in den partnerschaftlich verbundenen Städten. Es war so, als spürten die Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland, daß mit den Vorgängen auf der Lenin-Werft in Danzig das Tor für eine Umgestaltung der Nachkriegssituation in Zentraleuropa aufgestoßen würde. Daß dieser Umgestaltungsprozeß dann schlußendlich auch die bis dahin fast allmächtige UdSSR erreichen und erfassen würde, haben allerdings nur die Wenigsten gesehen.

Nun blieb diese geschichtsträchtige Phase in der jüngsten polnischen Geschichte nicht ohne Verwerfungen. Führungsschichten wechselten in Danzig, erst auf Geheiß der Regierung bzw. der bis dahin führenden Partei, dann durch demokratische Abstimmung.

Für Städte, die in partnerschaftlicher Zusammenarbeit verbunden waren (und sind), gab es nun das Problem, welchen Einfluß nimmt die neue Zeit, welchen Einfluß nehmen die neuen Führungskräfte auf die Beziehungen zwischen den beiden Städten,

und was ist die Reaktion der Bevölkerung hier am Baltischen Meer gegenüber den alten Bindungen?

Eines kann inzwischen uneingeschränkt gesagt werden, politisch und klimatisch hat sich nichts zum Negativen verändert, ganz im Gegenteil. Schwieriger sind die finanzpolitischen Möglichkeiten geworden, weniger die aus Danziger, vielmehr die aus Bremer Sicht. Wirtschaftspolitisch gebeutelt wie Sie sind die Bremer jetzt auch, und mit einer für Westdeutschland unverhältnismäßig hohen Arbeitslosenzahl zurückgeworfen, sind manche frühere Aktivitäten nicht mehr einfach zu finanzieren.

Andererseits konnten bremische Bemühungen in der Kooperation mit und für Danzig einiges bei der Europäischen Kommission in Brüssel erreichen. Inzwischen schöpft die bremische Wirtschaft neuen Atem und schaut mit neuem Engagement zur Drei-Stadt, in der sie seit geraumer Zeit mit einem eigenen Büro vertreten ist.

Und da die Kooperation zwischen den Universitäten und Hochschulen trotz der finanziellen Zwänge klappt, ein neues Zusammengehen zwischen den Sozialverbänden in Bremen und Caritas in Danzig fruchtbarer geworden ist sowie die Bindungen der Pfadfinder untereinander ein Faustpfand für auch zukünftige Gemeinsamkeiten unter der jungen Generation bleiben, sehe ich nicht schwarz für ein gutes Zusammenstehen. Es geht nicht um die Fragen der großen Politik — etwa NATO- und EU-Mitgliedschaft —, auch nicht nur um die bilaterale Kooperation zwischen beiden Nationen, es geht auch nicht nur um die Beziehungen zwischen Gdańsk und Bremen. Es geht um ein neues Verständnis der Menschen für die Situation des Nachbarn.

Diese schöne Stadt an der Mottlau begeht aus gutem Grund ihre Tausendjahrfeier, sie bestätigt ihren hervorragenden Platz in Polen und darüber hinaus im weiteren Europa, wie in der Vergangenheit, so in der Gegenwart; ich bin überzeugt, auch in der Zukunft.